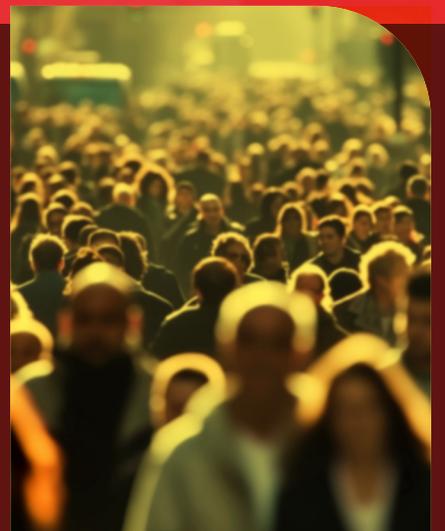


KOMMUNALES MONITORING

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Bitschnau S., Buchmann, D., Eberspach K.



Zentrale Befunde
aus der Herbst-
befragung 2024

Stand:
März 2025

Kommunales Monitoring

Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)

Auswertung der Herbstbefragung 2024

34% ↓(-2%*)

der Befragten haben zwischen Mai und
Oktober 2024 Anfeindungen erlebt.

78% verbale/schriftliche
Anfeindungen ↑(+5%*)

19% Hasspostings
↓(-6%*)

3% tätliche
Übergriffe ↑(+1%*)

Im Durchschnitt wurden laut persönlichen
Einschätzungen **8 Vorfälle** in diesem Zeitraum erlebt.

21% der Befragten aus **Bundesländern
mit Kommunalwahlen im Jahr 2024**
berichteten von Anfeindungen im
Zusammenhang mit diesen Wahlen.

→ **23%** dieser Vorfälle wurden zur Anzeige gebracht.

14% der Befragten aus **Bundesländern
mit Landtagswahlen im Jahr 2024**
berichteten von Anfeindungen im
Zusammenhang mit diesen Wahlen.

→ **32%** dieser Vorfälle wurden zur Anzeige gebracht.

20% der Befragten haben im Zuge
der Amtsausübung bereits
persönlich erlebt, dass Desinformationen oder
KI generierte Deep Fakes über die eigene Person
verbreitet wurden.

- Davon erlebten **75%** der Befragten dies
mehrmals.
- Vor allem **weibliche Amtspersonen, haupt-
amtliche Amtsinhaber** sowie **Amtspersonen
in Ostdeutschland** sind besonders betroffen.
- **Verbreitungsformen:** Mündliche Verbreitung
(27%), In den sozialen Netzwerken (26%),
Auf privaten Nachrichtenplattformen (15%),
Druckmaterialien (13%), Auf einer politischen
Veranstaltung (11%), Webseiten oder Blogs
im Internet (7%), Deepfake-Fotos, -Videos
oder -Sprachaufzeichnungen (1%)

8% der Befragten berichten von
Anfeindungen gegen Familienangehörige.

Vor allem Familienangehörige **weiblicher
Amtspersonen** sind besonders betroffen.

→ Davon wurden **22%** zur Anzeige gebracht.

83%

der Befragten sehen durch Desinformation
oder KI generierte Deep Fakes eine
Bedrohung für die persönliche Sicherheit und
politische Karriere im Amtsalltag.

92% der Befragten waren
im Zuge ihrer Amtsausübung mindestens
einmal **unsicher**, ob eine **Information im
Internet wahr** ist oder nicht.

81% der Betroffenen leiden
aufgrund der Anfeindungen an
psychischen/physischen Folgen.

* (Prozentuale) Veränderung zur Frühjahrsbefragung 2024 (November '23-April '24):
↓ (Abnahme) ↑ (Zunahme) → (keine auffälligen Veränderungen)

Kontakt: kommunalmonitor@bka.bund.de

Aktuelle Befunde aus dem „Kommunalen Monitoring“ – Herbstbefragung 2024

Die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamts führt in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden (DST, DLT, DStGB) im Rahmen des Verbundprojektes MOTRA seit Herbst 2021 ein „Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern“ (KoMo) durch. Es handelt sich hierbei um eine längsschnittlich angelegte bundesweite Online-Befragung aller ehren- und hauptamtlichen (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in den rund 11.000 Kommunen in Deutschland zu ihren Erfahrungen mit Hass, Hetze und Gewalt im Amtsalltag. Die Befragungen werden in einem sechsmonatigen Turnus mittels selbstselektiver Stichproben durch-

geführt, was eine hochaktuelle Erfassung des Anfeindungsgeschehens gegenüber kommunalpolitischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern ermöglicht. Dabei dienen die Befragungen nicht nur einem wissenschaftlichen Selbstzweck, sondern liefern auch eine Grundlage für die Entwicklung präventiver Handlungsstrategien im engen Austausch mit weiteren Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Zudem wird den kommunalpolitischen Amtsträgerinnen und Amtsträgern mittels der Befragungen eine Plattform geboten, sich regelmäßig mitzuteilen und ihre Erfahrungen mit denen ihrer Kolleginnen und Kollegen zu teilen. Die in diesem Bericht aufgeführten Ergebnisse beziehen sich auf die Herbstbefragung '24 (Referenzzeitraum: Mai-Oktober 2024).

Wer hat teilgenommen?

Im Herbst 2024 nahmen bundesweit n=2.023 haupt- und ehrenamtliche (Ober-) Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte an der Befragung teil. Dies entspricht einer Rücklaufquote von nahezu 18% bei etwa 11.000 kontaktierten Personen. Um ein möglichst repräsentatives Gesamtbild zu erstellen, wurden die Daten der selbstselektiven Stichprobe entsprechend der Gemeindezahl pro Bundesland gewichtet.

Die soziodemografische Zusammensetzung der Stichprobe zeigt, dass die Altersgruppe der 51- bis 60-Jährigen mit 40% am stärksten vertreten ist (vgl. Abb. 1). Die Mehrheit der Befragten sind Männer (81%), während 19% Frauen sind (vgl. Abb. 2). Zudem üben 55% der Befragten ihr Amt hauptamtlich aus, während 45% ehrenamtlich tätig sind (vgl. Abb. 3). Hinsichtlich der Amtszeit sind 40% der Befragten seit 4 bis 9 Jahren im Amt, 35% seit 10 Jahren oder länger und 25% seit bis zu 3 Jahren (vgl. Abb. 4). Mit 50% sind die Befragten überwiegend in kleineren Gemeinden mit bis zu 10.000 Einwohner*innen tätig (vgl. Abb. 5).

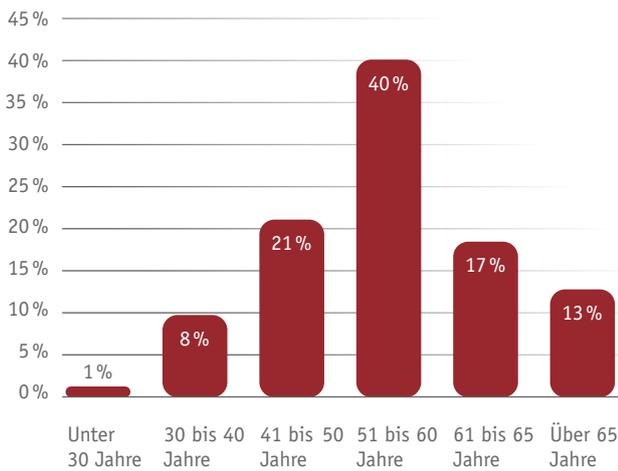


Abbildung 1: Alter der Befragten

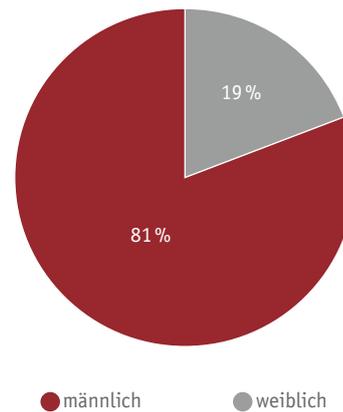


Abbildung 2: Geschlecht der Befragten

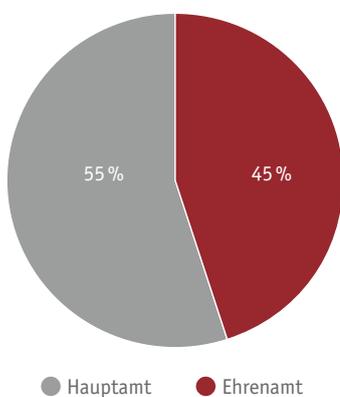


Abbildung 3: Funktion der Befragten

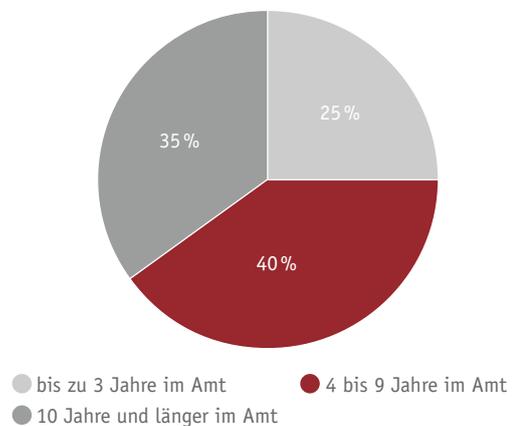


Abbildung 4: Amtszeitdauer der Befragten

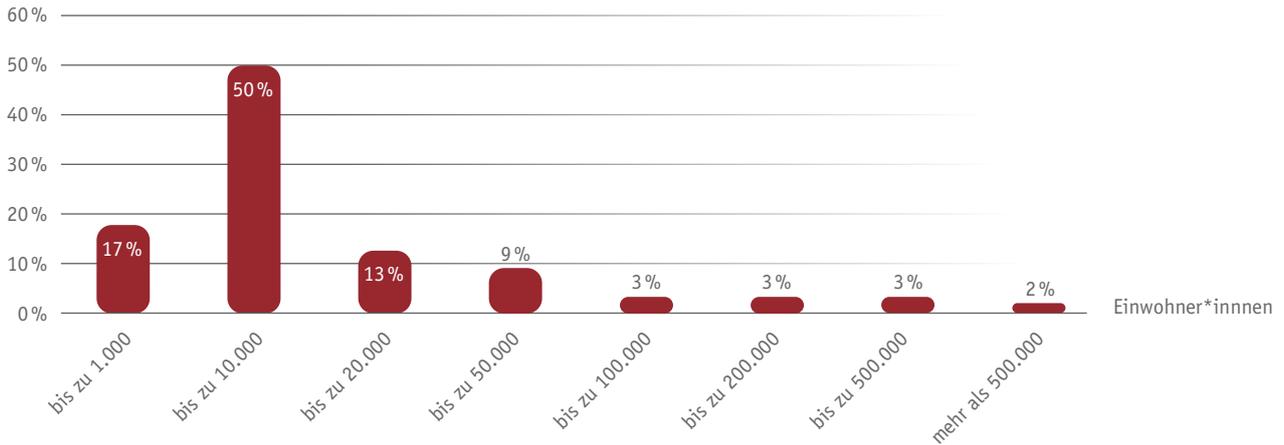


Abbildung 5: Gemeindegröße

Was wurde wie erlebt?

a) Einschätzung des aktuellen Diskussionsklimas und die größten Herausforderungen

Wie Abbildung 6 illustriert, wird das **aktuelle Diskussionsklima politischer Themen in den Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen** von den Befragten im Durchschnitt als eher respektvoll, friedlich, tolerant, konstruktiv und demokratisch ein-

geschätzt sowie als weder rational noch emotional, weder progressiv noch konservativ, weder inklusiv noch exklusiv und weder (parteilich) themenorientiert noch ideologieorientiert. Demnach wird das aktuelle Diskussionsklima politischer Themen in den Stadt- und Gemeinderäten sowie Kreistagen durchschnittlich **als eher weniger verroht wahrgenommen**.

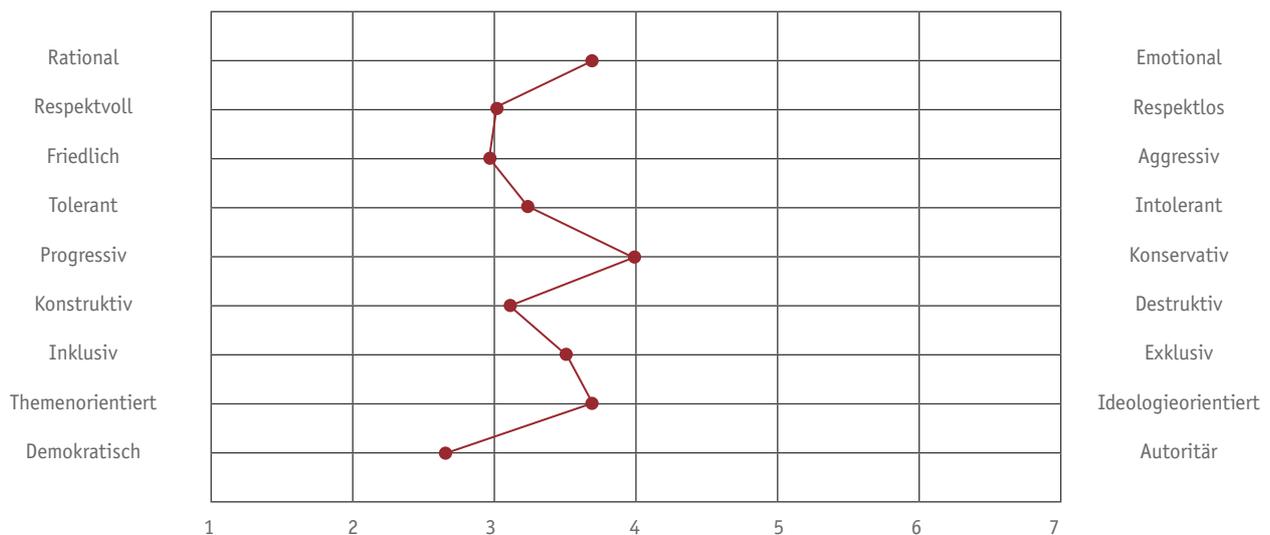


Abbildung 6: Durchschnittliche Einschätzung des Diskussionsklimas politischer Themen in den sozialen Medien (Mittelwerte)

In diesem Kontext lassen sich einige statistisch signifikante Gruppenunterschiede ausmachen:



Frauen schätzen das aktuelle Diskussionsklima als **signifikant verrohter** ein im Vergleich zu Männern (MW: 3,8 – 3,3).



Amtspersonen in **Ostdeutschland** schätzen das aktuelle Diskussionsklima als **signifikant verrohter** ein im Vergleich zu Westdeutschland (MW: 3,6 – 3,3).



Amtspersonen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen schätzen das aktuelle Diskussionsklima als **signifikant verrohter** ein im Vergleich zum ländlichen Raum (MW: 3,6 – 3,3).

b) Desinformationen¹ & Deep Fakes²

92% der Befragten gaben an, während ihrer Amtsausübung **mindestens einmal unsicher** gewesen zu sein, ob eine **Information im Internet der Wahrheit entspricht oder nicht**. Ein Viertel (26%) berichtete, häufig bis sehr häufig mit dieser Unsicherheit konfrontiert zu sein.

Besonders häufig begegneten den Befragten Desinformationen zu folgenden Themen: Einwanderung/Flucht (17%), Klimawandel/Naturkatastrophen (14%), Krieg in der Ukraine (14%), Politik/Wahlen (12%), Nahost-Konflikt (9%), Kriminalität (8%), Gesundheit (8%), Wirtschaft (5%), Terrorismus/Anschläge (5%), Gleichstellung/Feminismus (4%) sowie Technologie/Innovation (3%).

Dabei lassen sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede feststellen:

Amtspersonen in **Ostdeutschland** haben im Vergleich zu Westdeutschland **signifikant häufiger** angegeben, im Zuge der Amtsausübung unsicher gewesen zu sein, ob eine Information, auf die sie im Internet gestoßen sind, wahr ist oder nicht.



Ältere Amtspersonen ab 41 Jahre haben im Vergleich zu jüngeren Amtspersonen **signifikant häufiger** angegeben, im Zuge der Amtsausübung **unsicher** gewesen zu sein, ob eine Information, auf die sie im Internet gestoßen sind, wahr ist oder nicht.



Jede fünfte befragte Person (20%) hat während der Amtsausübung bereits erlebt, dass **Desinformationen** oder **KI-generierte Deep Fakes** über die **eigene Person** verbreitet wurden. Dabei berichteten 15% von mehrfachen Vorfällen, während 5% dies einmalig erlebten.

Betroffene berichten zudem, dass die während ihrer Amtsausübung erlebten Desinformationen oder KI-generierten Deepfakes vor allem in folgenden Formen verbreitet wurden: mündlich (27%), in sozialen Netzwerken (26%), über private Nachrichtenplattformen (15%), in Druckmaterialien (13%), auf politischen Veranstaltungen (11%), auf Webseiten oder Blogs (7%) sowie als Deepfake-Fotos, -Videos oder -Sprachaufzeichnungen (1%).

¹ Der Begriff „Desinformation“ wurde im Fragebogen wie folgt definiert: Desinformation beschreibt gezielte Falschinformationen, die bewusst verbreitet werden, um bestimmte Personengruppen oder die öffentliche Meinung in die Irre zu führen oder zu manipulieren. Dabei handelt es sich um Informationen, die falsch, unvollständig oder irreführend sind und oft eine bestimmte Absicht verfolgen. Im Gegensatz zur Fehlinformation, die aus Versehen falsche Informationen verbreitet, ist Desinformation immer mit einer absichtlichen Täuschung verbunden.

² Der Begriff „Deep Fake“ wurde im Fragebogen wie folgt definiert: Ein Deepfake oder Deep Fake ist ein mit Hilfe künstlicher Intelligenz erstelltes Bild oder Video, das authentisch wirkt, es aber nicht ist. Auch die Methoden und Techniken in diesem Zusammenhang werden mit dem Begriff bezeichnet. Deepfakes werden unter anderem als Mittel zur Diskreditierung, Manipulation und Propaganda geschaffen. Politik und Pornografie sind entsprechend eng mit dem Phänomen verwoben. Sie werden absichtlich oder unabsichtlich zur Desinformation benutzt.

In diesem Zusammenhang zeigen sich mehrere statistisch signifikante Gruppenunterschiede:



Frauen (29%) haben im Vergleich zu Männern (18%) **signifikant häufiger** angegeben, im Zuge der Amtsausübung bereits **persönlich erlebt** zu haben, dass Desinformationen oder KI generierte Deep Fakes über die eigene Person verbreitet wurden.



Personen im **Hauptamt** (27%) haben im Vergleich zum Ehrenamt (14%) **signifikant häufiger** angegeben, im Zuge der Amtsausübung bereits **persönlich erlebt** zu haben, dass Desinformationen oder KI generierte Deep Fakes über die eigene Person verbreitet wurden.



Amtspersonen in **Ostdeutschland** (24%) haben im Vergleich zu Westdeutschland (19%) **signifikant häufiger** angegeben, im Zuge der Amtsausübung bereits **persönlich erlebt** zu haben, dass Desinformationen oder KI generierte Deep Fakes über die eigene Person verbreitet wurden.

Darüber hinaus sehen **83%** der Befragten durch Desinformation oder KI generierte Deep Fakes eine **Bedrohung** für die **persönliche Sicherheit** und **politische Karriere** im Amtsalltag, wobei knapp ein Drittel (29%) der Befragten ein starkes bis sehr starkes Bedrohungsempfinden äußerte.

c) Anfeindungen und Übergriffe: Erfahrungen aus dem analogen und digitalen Raum

Betroffenheit

Im sechsmonatigen Zeitraum von Mai bis Oktober 2024 waren **8% der Familienangehörigen** der Amtsträgerinnen/Amts-

träger inner- und außerhalb des Internets von Anfeindungen betroffen. Davon waren 50% mehrmals und 50% einmalig betroffen.

Im sechsmonatigen Zeitraum von Mai bis Oktober 2024 gab bundesweit **jede dritte befragte Amtsperson (34%) an, von Anfeindungen betroffen** gewesen zu sein. Im Durchschnitt haben die Befragten innerhalb des sechsmonatigen Zeitraums laut eigenen Einschätzungen **8 Vorfälle** im Kontext von Anfeindungen und Übergriffen im Amtsalltag erlebt. Dabei gaben die Befragten an, **durchschnittlich 1-2 Mal im Monat** persönlich verbale/schriftliche Anfeindungen und/oder tätliche Übergriffe und/oder Hasspostings im Internet gegen sich erlebt zu haben. Bezüglich der Betroffenheit ergeben sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede:

Frauen waren im Vergleich zu Männern **signifikant stärker** von Anfeindungen und Übergriffen **betroffen** (38% - 28%).



Personen im **Hauptamt** waren im Vergleich zum Ehrenamt **signifikant stärker** von Anfeindungen und Übergriffen **betroffen** (39% - 20%).



Amtspersonen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen waren im Vergleich zum ländlichen Raum **signifikant stärker** von Anfeindungen und Übergriffen **betroffen** (40% - 29%).



Amtspersonen in **Ostdeutschland** waren im Vergleich zu Westdeutschland **signifikant stärker** von Anfeindungen und Übergriffen **betroffen** (35% - 29%).



Davon belaufen sich mit Hinblick auf den zuletzt erlebten Vorfall **78% auf verbale/schriftliche Anfeindungen**³, **19% auf Hasspostings im Internet**⁴ und **3% auf tätliche Übergriffe**⁵.

Verbale/schriftliche Anfeindungen



Personen im **Ehrenamt** waren **signifikant stärker** von verbalen/schriftlichen Anfeindungen betroffen im Vergleich zum Hauptamt (84% - 76%).

Hasspostings im Internet



Personen im **Hauptamt** waren **signifikant stärker** von Hasspostings im Internet betroffen im Vergleich zum Ehrenamt (22% - 13%).



Personen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen waren **signifikant stärker** von Hasspostings im Internet betroffen im Vergleich zum ländlichen Raum (26% - 17%).

Tätliche Übergriffe



Amtspersonen in **Ostdeutschland** waren **signifikant stärker** von tätlichen Übergriffen betroffen im Vergleich zu Westdeutschland (5% - 1%).

Im Rahmen des zuletzt erlebten Vorfalls fand dieser überwiegend in Form von **Beleidigung** (36%), **Verleumdung/übler Nachrede** (35%) sowie **Bedrohung/Nötigung** (12%) statt, gefolgt von Diskriminierung

(5%), sozialer Ausgrenzung (4%), Volksverhetzung (2%), Sachbeschädigung (2%), Stalking/Nachstellung (2%), Erpressung (1%) und Körperverletzung (1%).

Dabei bezog sich der **letzte Vorfall** mehrheitlich auf die **Rolle als Amtsträgerin/Amtsträger (89%)** gefolgt von auf die Person selbst aufgrund **individueller Merkmale (10%)** im Sinne von Hasskriminalität sowie auf die **Familie/Angehörige (1%)**.

Mit Blick auf die Rolle als Amtsträgerin/Amtsträger bezogen sich die Vorfälle dabei überwiegend auf die **Rolle als öffentliche Person (53%)** sowie auf ein **kommunales politisches Sachthema (26%)**. Konkrete kommunalpolitische Sachthemen wurden insbesondere in den Bereichen Bau, Infrastruktur/Verkehr, (Flucht-) Migration, Haushalt und Energiewende genannt. Hinsichtlich der Vorfälle aufgrund individueller Merkmale bezogen sich diese insbesondere auf die soziale Herkunft (33%), das Aussehen (27%), Geschlechtszugehörigkeit (20%), die nationale Herkunft (13%) sowie den religiösen Hintergrund (7%).

Im **Umgang** mit dem letzten Vorfall zeichnen sich unterschiedliche Herangehensweisen ab: **Jeder vierte Betroffene (26%) hat den Vorfall ignoriert**, knapp jeder Sechste hat Unterstützung bei Familie/Freunden (16%), den Dialog mit dem/der Tatverdächtigen (15%) oder Unterstützung bei Parteifreund*innen/Kollegen*innen gesucht (15%). Gerade mal jeder zehnte Betroffene hat den Vorfall zu Anzeige

³ Die Anfeindungskategorie „verbale/schriftliche Anfeindungen“ wurde im Fragebogen wie folgt definiert: (Non-)Verbale/schriftliche Aussagen oder Gesten im analogen Bereich, die eine Person oder eine Gruppe bedroht, beleidigt, herabsetzt, etc. oder Personen auf persönlicher Ebene angreift.

⁴ Die Anfeindungskategorie „Hasspostings im Internet“ wurde im Fragebogen wie folgt definiert: Verschiedene Formen von menschenverachtenden Äußerungen (in Form von Bildern, Direktnachrichten oder Kommentaren) im Internet, die zu Hass anstiften und sich gegen bestimmte Personen, Gruppen aber auch Weltanschauungen oder gesellschaftliche Werte richten. Die Inhalte von Hasspostings können z.B. extremistisch, rassistisch, sexistisch, antisemitisch, queergefeindlich oder gewaltverherrlichend sein.

⁵ Die Anfeindungskategorie „Tätliche Übergriffe“ wurde im Fragebogen wie folgt definiert: Tätliche Gewalt, die sich gegen Personen oder Gegenstände richtet (Körperverletzungen sowie Sachbeschädigungen).

gebracht (11%), die Vorfälle erfasst und gesammelt an Polizei bzw. Justiz weitergegeben (8%) oder den Vorfall anderweitig gemeldet (8%). 1% der Betroffenen haben Unterstützung bei einer Beratungsstelle gesucht (1%).



Personen im **Hauptamt** haben im Vergleich zum Ehrenamt **signifikant häufiger** den Dialog mit dem/der Tatverdächtigen gesucht (8%-6%), den Vorfall ignoriert (15%-8%) und den Vorfall zur Anzeige gebracht (7%-3%).



Amtspersonen im **städtischen Raum** mit mehr als 20.000 Einwohner*innen haben im Vergleich zum ländlichen Raum **signifikant häufiger** den Vorfall ignoriert (16%-11%), den Vorfall zur Anzeige gebracht (9%-4%) und anderweitig gemeldet (7%-3%).



Frauen haben im Vergleich zu Männern den Vorfall **signifikant häufiger** anderweitig gemeldet (6%-4%), Unterstützung bei der Familie gesucht (14%-7%) und Unterstützung bei Parteifreund*innen/Kolleg*innen gesucht (12%-8%).

Insgesamt gaben **81%** der Befragten an, dass sie im Zuge der Anfeindungen **psychische und/oder physische Folgen** davontragen. Dabei handelt es sich überwiegend um **Rufschädigung (19%)**, **Schlafprobleme (15%)** und **Rückzug** im Sinne von Erwägung einer **Amts-/Mandatsniederlegung (10%)** sowie **keinem erneuten Antritt bei Neuwahl (10%)**. Zudem wurden als konkrete Folgen vermehrt depressive Verstimmung wie Abgeschlagenheit und Antriebslosigkeit (9%), Probleme mit und bei der Ausübung der (politischen) Arbeit (8%), Angst oder Unruhe (6%), Erwägung der Abmeldung der Accounts in sozialen Medien (6%), körperliche Beschwerden/Psychosomatische Unruhe (6%), Konzentrationsschwierigkeiten (4%),

Probleme im engeren sozialen Umfeld (4%) und Sonstiges (3%) berichtet. In diesem Kontext zeigen sich folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede:

Frauen gaben im Vergleich zu Männern **signifikant häufiger** an, an depressiver Verstimmung (8%-5%) oder Schlafproblemen zu leiden (12%-9%), Rufschädigung davonzutragen (16%-11%), an Problemen mit und bei der Ausübung der (politischen) Arbeit zu leiden (7%-4%), eine Amts-/Mandatsniederlegung erwogen zu haben (10%-5%), bei Neuwahlen nicht erneut anzutreten (8%-5%) und eine Abmeldung der Accounts in sozialen Medien erwogen zu haben (6%-3%).



Amtspersonen im **ländlichen Raum** mit bis zu 20.000 Einwohner*innen gaben im Vergleich zum städtischen Raum **signifikant häufiger** an, eine Amts-/Mandatsniederlegung erwogen zu haben (7%-4%).



d) Anfeindungen im Kontext der Kommunal- und Landtagswahlen 2024

Kommunalwahlen 2024

Bei 54% der Befragten haben in der amtlich zu verantwortenden Kommune im Jahr 2024 Kommunalwahlen stattgefunden. Davon hat **jede fünfte befragte Person (21%)** Anfeindungen und Übergriffe im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 2024 erlebt. Insgesamt wurden **23%** dieser Vorfälle zur **Anzeige** gebracht. Somit ist die Anzeigebereitschaft hierbei mehr als doppelt so hoch ausgeprägt im Vergleich zu Anfeindungen außerhalb der Kommunalwahlen (11%).

Landtagswahlen 2024

Bei 20% der Befragten haben im amtlich zugehörigen Bundesland im Jahr 2024 Landtagswahlen stattgefunden. Davon hat **mehr als jede zehnte befragte Person (14%)** Anfeindungen und Übergriffe im

Zusammenhang mit den Landtagswahlen 2024 erlebt. Insgesamt wurden **32%** dieser Vorfälle zur Anzeige gebracht. Somit ist die Anzeigebereitschaft hier deutlich höher ausgeprägt im Vergleich zu Anfeindungen außerhalb der Kommunalwahlen (11%) sowie Anfeindungen im Kontext von Kommunalwahlen (23%).

Folgende statistisch signifikante Gruppenunterschiede lassen sich hierbei erkennen:

Frauen gaben im Vergleich zu Männern **signifikant häufiger** an, im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 2024 Anfeindungen erlebt zu haben (31% - 17%).



Amtspersonen aus **Ostdeutschland** gaben im Vergleich zu Westdeutschland **signifikant häufiger** an, im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 2024 Anfeindungen erlebt zu haben (25% - 17%).



Fazit und Ausblick

Die aufgeführten Befunde aus der Herbstbefragung 2024 legen dar, dass Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern ein weiterhin ernstzunehmendes Problem darstellt.

Die Auseinandersetzungen in der öffentlichen Debatte sind zunehmend von einem angespannten Diskussionsklima geprägt, das durch die Verbreitung von Desinformation und Deep Fakes noch weiter verschärft wird. Ziel von KoMo ist es, zum einen ein klares und gesichertes Bild von Anfeindungen und Übergriffen gegenüber kommunalpolitischen Amtspersonen zu zeichnen und zum anderen vulnerable Gruppen herauszustellen. Im sechsmonatigen Zeitraum von Mai bis Oktober 2024 zeigen sich, ähnlich zu den Ergebnissen der vorangegangenen Frühjahrsbefragung, insbesondere vier vulnerable Gruppen: **(1) Frauen in kommunalen Ämtern, (2) Personen im Hauptamt, (3) Amtspersonen im städtischen Raum und (4) Amtspersonen in Ostdeutschland** weisen wiederholt signifikant höhere Werte darin auf, Betroffene von Anfeindungen, Bedrohungen und Übergriffen sowie von Desinformation und Deep Fakes zu sein.

Diese Erfahrungen haben teils gravierende Folgen für das individuelle Wohlbefinden der Betroffenen und beeinflussen unmittelbar ihre Bereitschaft, sich weiterhin kommunalpolitisch zu engagieren. Besonders häufig berichten Amtspersonen aus dem ländlichen Raum – oftmals in ehrenamtlicher Funktion – davon, ihr Amt aufgrund erlebter Anfeindungen und Übergriffe in Frage zu stellen oder niederlegen zu wollen. Solche Rückzüge betreffen nicht nur die direkt Betroffenen, sondern schwächen auch die demokratische Teilhabe insgesamt und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt – insbesondere

auf kommunaler Ebene, wo politisches Engagement für das Funktionieren demokratischer Prozesse essenziell ist.

Diese Ergebnisse verdeutlichen den weiterhin dringenden Handlungsbedarf, der besonders die Berücksichtigung der genannten vulnerablen Gruppen und deren Bedürfnisse zur Aufgabe hat. Um die Entwicklung gezielter Maßnahmen zum Schutz kommunalpolitischer Amtspersonen zu unterstützen, wird KoMo das aktuelle Anfeindungsgeschehen weiterhin kontinuierlich beobachten. Dies dient auch dazu, das Bewusstsein für diese Problematik weiter zu schärfen und Betroffenen die Möglichkeit zu bieten, sich mitzuteilen und sich aktiv in der Gestaltung des Prozesses einzubringen. In der Zukunft wird KoMo intensiv mit verschiedenen Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft insbesondere im Bereich der Prävention zusammenarbeiten, um auf Grundlage dieser Ergebnisse Personen in kommunalpolitischer Verantwortung besser schützen zu können und somit einen Beitrag zum Erhalt unseres demokratischen Miteinanders zu leisten.



[Weitere Informationen zum Kommunalen Monitoring und den Ergebnissen.](#)

Impressum

MOTRA-Verbundpartner



Gefördert vom



Bundesministerium
für Forschung, Technologie
und Raumfahrt



Bundesministerium
des Innern



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Angaben gemäß § 5 TMG

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Vertreten durch

Dr. Uwe Kemmesies
E-Mail: motra@bka.bund.de

Verantwortlich für den Inhalt nach § 55 Abs. 2 RStV

Dr. Uwe Kemmesies
Äppelallee 45
65203 Wiesbaden

Redaktion

Isabelle Holz

Layout

Studio Halvar

Forschungskordinator (MOTRA-Verbund)

Dr. Uwe Kemmesies

Kontakt

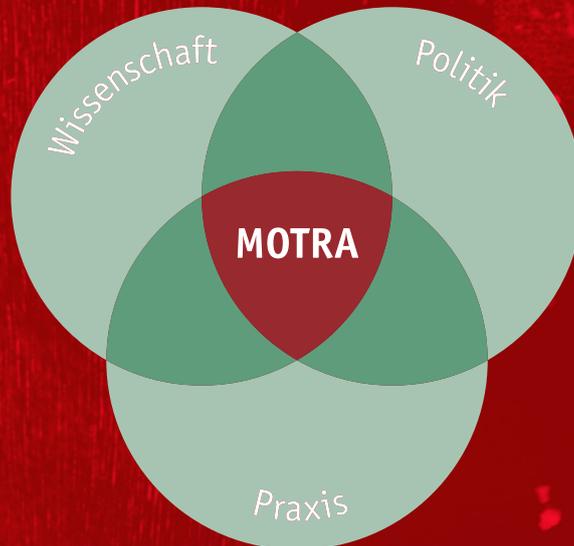
Fragen zu MOTRA allgemein: motra@bka.bund.de

Fragen zum Inhalt dieser Ausgabe an:

Kirsten Eberspach, Sarah Bitschnau: kommunalmonitor@bka.bund.de

MOTRA

Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung



Der MOTRA-Forschungsverbund vereint in einem Spitzenforschungscluster neun institutionelle Partner aus renommierten universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen wissenschaftlichen Fachdisziplinen. MOTRA sucht den kooperativen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren wissenschaftlichen Forschungsverbänden und Netzwerkpartnern aus Praxis und Politik und verfolgt dabei zwei zentrale Zielstellungen:

1. Monitoring

Es soll durch MOTRA ein Monitoringsystem aufgebaut werden, mittels dessen das politisch und/oder religiös begründete Radikalisierungsgeschehen in Deutschland auf einer breiten Datenbasis fortlaufend beobachtet wird. Ziel ist es die Verbreitung, Entwicklungstrends sowie begünstigende Konstellationen für Extremismus und Radikalisierung besser erfassen zu können.

2. Wissenstransfer

Weiterhin verfolgt MOTRA den Aufbau und die Etablierung einer multifunktionalen Austauschplattform zur Gestaltung eines direkteren Wissenstransfers zwischen den Handlungsfeldern wissenschaftlicher Forschung, sozialer Praxis und Politikgestaltung.

 motra@bka.bund.de

 www.motra.info

 motra.bsky.social

 [motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung](https://www.linkedin.com/company/motra-monitoringsystem-und-transferplattform-radikalisierung)